

Antrag Nr. 21-F-08-0012

L&P

Betreff:

Finanzielle Ausstattung der frauenspezifischen Beratungsstellen den erhöhten Anforderungen in der Corona-Pandemie anpassen!
-Antrag der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion Wiesbaden vom 24.02.2021-

Antragstext:

Bereits in der Sitzung des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung am 8.9.2020 wurde über den massiven Einschnitt bei den Frauenberatungseinrichtungen durch die Corona-Pandemie berichtet. Einerseits stieg der Beratungsbedarf erheblich, andererseits ist die Arbeit viel aufwendiger. So entstanden und entstehen durch die Nutzung digitaler Medien (für Hardware, Software, Support usw.) sowie für Porti und Versand erhebliche zusätzliche Kosten im Vergleich zur Zeit vor Ausbruch der Pandemie.

Es mussten und müssen Wege der Beratungsstellen zu den Frauen mit den unterschiedlichsten Anliegen und Bedürfnissen gefunden werden, für deren Kosten die Kommune so wie für andere unverzichtbare Leistungen einen finanziellen Beitrag leisten muss, unabhängig davon, ob eine (völlige) Rückerstattung von Bund oder Land erfolgt.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat möge den zusätzlichen Finanzbedarf der Fraueneinrichtungen ermitteln und umgehend Ausgleichszahlungen veranlassen, um die Arbeit dieser Einrichtungen nicht zu gefährden.

Wiesbaden, 24.02.2021